

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 365 bis 372:

~~Gerade in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen wie der Lausitz liegt das Potenzial für ambitionierten Klimaschutz und vorausschauende Wirtschaftspolitik. Die Herausforderungen sind groß und dennoch wollen wir den Strukturwandel als Chance begreifen, um mit neuer Infrastruktur, Wirtschaftsförderung, Renaturierung und Investitionen in Zukunftstechnologien den Weg in eine nachhaltige Zukunft zu ebnen. Wichtig ist uns dabei, die Menschen vor Ort durch transparente Entscheidungsprozesse, aber auch durch Unterstützung der Ideen und Wünsche vor Ort zu beteiligen.~~

FÜR ZUKUNFTSFESTE REGIONEN IM WANDEL Strukturwandel findet in vielen Regionen Deutschlands statt: heute, morgen und übermorgen. Er ist eine gesamtgesellschaftliche und eine Querschnittsaufgabe, die eine ganzheitliche Herangehensweise erfordert. Wir möchten ermöglichen, dass die Regionen im Wandel zusammen und voneinander lernen können und gehen weiterhin mit Mut und Weitsicht voran.

Gerade in den Braunkohlestrukturwandelregionen liegt das Potenzial für ambitionierten Klimaschutz und vorausschauende, gemeinwohlorientierte Wirtschaftspolitik. Durch eine defossilisierte, kreislauforientierte und ressourcensparende Wirtschaft ebnen wir den Weg auf dem Ziel zu klima- und umweltgerechten, international beispielgebenden Leuchtturmregionen. Die Herausforderungen sind groß, aber die Fördermittel aus dem Strukturstärkungsgesetz bieten die Chance für Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen, Renaturierung und Zukunftstechnologien. Wir gestalten einen Strukturwandel, der sozial gerechte Zukünfte für Alle sowie lebenswerte und identitätsstiftende Landschaften schafft, die für Fachkräfte hochattraktiv sind.

Wichtig ist uns dabei, die Menschen vor Ort durch transparente Entscheidungsprozesse, aber auch durch Unterstützung ihrer Ideen und Wünsche zu beteiligen. Wir unterstützen die Innovationsökosysteme der Regionen durch zielgerichtete Förderung von Wissens- und Technologietransfer zwischen den Akteursgruppen und stellen so sicher, dass neue Wirtschaftsleistung und Wertschöpfung in den Regionen entsteht. Evaluation und wissenschaftliche Begleitung der Strukturwandelprozesse ermöglichen ein Nachjustieren, optimieren den Prozess und sichern den Wissenstransfer in andere Regionen.

Begründung

GRÖßERER ANSATZ dieses Absatzes, denn wir sind die Partei des Wandels und der Transformtion, so dass dieser Absatz zu den Regionen im Wandel eine eigene Überschrift FÜR ZUKUNFTSFESTE REGIONEN IM WANDEL verdient.

Für die Strukturwandelregionen in den Braunkohle-Regionen stehen seit August 2020 40 Mrd € bereit. Viele Regionen Deutschlands sind im Wandel und daher verdient der Absatz hierzu eine eigene Überschrift (nicht unter "Für die Stärkung von Mittelstand und Handwerk") . Ich möchte anregen, dass der Absatz vor das Kapitel " Für Wirtschaftssicherheit und zukunftsfähigen Außenhandel" (ehemals Zeile 382) gezogen wird. Hab das leider bei der Bearbeitung nicht hinbekommen - sorry.

Die Erfahrungen, die aktuell in den Braunkohle-Regionen gemacht werden, sollten aus solidarischen Gründen allen Strukturwandelregionen in Deutschland (zB Automotive, Zuliefererunternehmen, Handwerk, etc.) zu Gute kommen können.

Wir beschreiben KONKRET, welche Wirtschaft wir (fördern) wollen und welche uns auf den Weg in die Klimaneutralität und eine intakte Umwelt führt.

LEBENSWERTE LANDSCHAFTEN UND FACHKRÄFTE:

Arbeitgeber, Arbeitsmarktforscher und Wirtschaftsförderungsgesellschaften in allen drei Braunkohle-Regionen sind sich einig, dass die Verfügbarkeit von Fachkräften eine der größten Herausforderungen in der Transformation darstellt. Neben innovativen und attraktiven Unternehmen zeigt sich in den Revieren, dass auch ein lebenswertes Umfeld und sozial gerechte Arbeitsbedingungen wichtige Faktoren der Fachkräftesicherung sind. Dieser Claim unterstützt unsere Grüne Politik vor Ort in den Regionen und lässt sich vor Ort im Wahlkampf nutzen.

FÖRDERUNG VON BETEILIGUNGSFORMATEN UND WISSENSTRANSFER

Für Beteiligungsformate in allen drei Beteiligungsstufen (Informieren, Beteiligen, Kooperieren) existieren kaum Förderrahmen auf Bundesebene, sodass sie auch nur schwer aus den gemäß Investitionsgesetz Kohleregionen bereitgestellten Mitteln finanziert werden können. Dies führt dazu, dass Bürgerbeteiligung an allen Stellen unterfinanziert ist und entsprechend kaum stattfindet. Ähnliches gilt für den Wissens- und Technologietransfer. Es fließen Milliardensummen in Hochschulforschung in den Revieren mit dem Ziel über Innovation die regionale Wirtschaft zu fördern. Doch das dafür wichtige Schlüsselement, der Wissens- und Technologietransfer, ist unterfinanziert, weil bestehende Förderprogramme kaum den Transfer adressieren. Sofern sich das nicht ändert ist abzusehen, dass die vielen Milliarden für Forschung vielleicht irgendwo zu Wirtschaftsleistung werden, nicht jedoch in den betroffenen Regionen.

weitere Antragsteller*innen

Norika Creuzmann (KV Paderborn); Christoph Nasgowitz (KV Aachen); Isabel Elsner (KV Düren); Christina Osei (KV Bielefeld); Vincent Lohmann (KV Krefeld); Volkhard Wille (KV Kleve); Anne Kathrin Herbermann (KV Münster); Christina Lantwin (KV Wesel); Jens Hausner (KV Landkreis Leipzig); Irina Prüm (KV Leverkusen); Liliane Viola Pollmann (KV Wuppertal); Sandra Schneeloch (KV Köln); Myriam Kemp (KV Euskirchen); Hans-Josef Dederichs (KV Heinsberg); Georg Schmitz (KV Düren); Hans-Werner Ignatowitz (KV Euskirchen); Paul Mank (KV Heinsberg); Peter Gehrman (KV Rhein-Kreis-Neuss); Britta Bojung (KV Rhein-Erft-Kreis); sowie 61 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.